Rupert Grübl
ist Direktor der Bayerischen Landeszentrale für
politische Bildungsarbeit in München.

Johannes Uschalt
leitet das Referat Demokratiestärkung & Wertebildung
der Bayerischen Landeszentrale für
politische Bildungsarbeit in München.

Rupert Grübl / Johannes Uschalt

/// Informieren und diskutieren in digitalen und analogen Formaten

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

In der Auseinandersetzung mit Salafismus bildet die allgemeine Prävention das Fundament: Ihr Ziel ist es, das Vertrauen in demokratische Werte zu stärken und Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Einstellungen und Ansichten zu fördern. Hier kann politische Bildung einen Beitrag leisten. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit stellt dazu zahlreiche Angebote bereit.

Politische Bildungsarbeit ist Grundlagenarbeit

In Zeiten, in denen die Corona-Pandemie die Welt in Atem hält und in denen sich seltsame Koalitionen aus Corona-Leugnern, Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern und Rechtsradikalen bilden, läuft man Gefahr, andere Bedrohungen aus den Augen zu verlieren, Bedrohungen, die jedoch real sind und die unsere Sicherheit, unsere Werte und unser Gemeinwesen gefährden. Neben Rechtsterrorismus, allen Formen von Rassismus und Antisemitismus ist dies vor allem der Salafismus.

Ziel der politischen Bildungsarbeit ist es, das Vertrauen in unsere demokratischen Werte zu stärken.

Selbst wenn der IS in Syrien besiegt scheint, nach wie vor sind seine Vertreter in Deutschland aktiv und versuchen junge Menschen zu indoktrinieren und zum bewaffneten Kampf gegen alles „Westliche“ zu rekrutieren – sei es analog oder digital. Dass beim Kampf hiergegen die Strafverfolgungsbehörden eine herausgehobene Rolle spielen und spielen müssen, sei unbenommen. Nur mit deren Hilfe und deren Aufmerksamkeit gelang und gelingt es immer wieder, terroristische Anschläge in Deutschland zu verhindern.

Politische Bildungsarbeit setzt hingegen wesentlich früher an, sie will Grundlagenarbeit leisten: Salafismus basiert – wie andere Extremismen auch – auf einer strikten Trennung nach einem „Wir-gegen-Die"-Prinzip, das Lebensweisen und politisch-religiöse Ansichten als „richtig" oder „falsch" kategorisiert. Dieses Prinzip von Anfang an zu entzaubern, indem die Bedeutung von Pluralismus und Vielfalt in unserer Gesellschaft betont wird, ist Ziel und Aufgabe politischer Bildung.

Eine Offenheit gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt zu fördern, scheint mit Blick auf den Salafismus auch deshalb von Bedeutung, weil festzustellen ist, dass gerade Salafisten in ihren Biografien eigene Deprivationserfahrungen aufweisen:[1] Der Blick auf Anhänger des Salafismus zeigt also, dass viele von ihnen persönliche Enttäuschungen erlebt haben und sich in ihrer Religion, in ihren Ansichten und Einstellungen gesellschaftlich nicht akzeptiert oder ausgegrenzt fühlten. Deshalb muss politische Bildung darauf ausgerichtet sein, zur gegenseitigen Toleranz und Offenheit zu „erziehen", ohne dabei das Fundament unserer gemeinsamen Werte und der Demokratie aus dem Blick zu verlieren.

In diesem Feld bietet es sich an, gerade sehr junge Menschen in den Blick zu nehmen. Dass über gemeinsame Werte und demokratische Grundregeln bereits in der Grundschule gesprochen werden sollte, ist inzwischen Konsens: „Empirische Befunde zeigen, dass Demokratie- und Menschenrechtsbildung dann gelingt, wenn Schülerinnen und Schüler bereits in der Grundschule partizipative Beteiligung, Selbstwirksamkeit und Gestaltungsmöglichkeiten erfahren und lernen."[2] Im Gespräch mit Kindern können so gemeinsame Werte besprochen und politische Problemstellungen erörtert werden, um schon frühestmöglich in den gemeinsamen Wertediskurs einbezogen zu werden.

Copyright für sämtliche Logos / Abb. im Artikel: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Mit dem „Politmobil" bietet die Landeszentrale hier beispielsweise Workshops für Grundschulen an, in deren Rahmen Kinder politische Probleme spielerisch kennenlernen und über Umweltpolitik, faire Produktionsbedingungen oder kulturelle Diversität diskutieren. Das Politmobil besucht die Grundschulen vor Ort und will deshalb auch dort auf Veranstaltungen hinweisen, wo Angebote der politischen Bildung infrastrukturbedingt vielleicht nicht regelmäßig stattfinden können.

Präventionsarbeit sollte möglichst früh einsetzen

Ein „Wertekoffer“ für Grundschulen soll ab nächstem Jahr ein didaktisches Angebot im Primarbereich sein, um mit den enthaltenen Materialien über unterschiedliche Vorstellungen, Toleranz und Werte sowie Formen des Zusammenlebens zu sprechen.

Für junge Erwachsene verfolgt das Programm „Profil zeigen – für eine starke Demokratie“ einen ähnlichen Ansatz: In Workshop-Einheiten mit geschulten Trainern lernen Jugendliche nicht nur, extremistischen Positionen zu widersprechen, sondern das Programm zielt ebenso darauf, den Gegenüber zurück in einen produktiven und demokratischen Diskurs zu holen und nicht nur nach Unterschieden, sondern auch nach Gemeinsamkeiten zwischen den Diskursbeteiligten zu suchen.

In Workshops lernen Jugendliche, zuzuhören, andere Meinungen zu akzeptieren, aber auch rote Linien zu setzen.

Dass, wie hier skizziert, im Sprechen über gemeinsame Werte und demokratische Grundregeln auch ein Schwerpunkt der politischen Bildung liegt, hat viel mit der Anerkennung ihrer Grenzen zu tun: Politische Bildung kann beispielsweise nicht das (Haupt-)Instrument der Deradikalisierung sein, hier sind andere Akteure gefragt. Sie ist in der allgemeinen Prävention angesiedelt und muss daher v. a. bei jungen Menschen ansetzen, um die Identifikation mit den Werten des Grundgesetzes zu erreichen. Deshalb macht es Sinn, hier v. a. Präventionsarbeit mit Werterziehung und Grundlagenarbeit zu verknüpfen.

In Zeiten einer zunehmenden Differenzierung und Fragmentierung der Gesellschaft, in der herkömmliche Mittel der Beschreibung der sozialen Gliederung nicht mehr auszureichen scheinen und vor allem in Zeiten der Digitalisierung mit vielfältigen Kommunikationskanälen muss sich politische Bildung gerade an diejenigen richten, die in der Vergangenheit nicht primäres Zielpublikum waren. Hier hat die sog. aufsuchende politische Bildung eine besondere Aufgabe. Um dem Salafismus aber letztendlich erfolgreich entgegenzutreten, bedarf es hier der Zusammenarbeit sowohl staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Landeszentrale ist hier ein Partner für die Zivilgesellschaft und versteht sich als Ansprechpartner, wenn es darum geht, innovative Formate zu entwickeln oder zu realisieren. Zudem ist es wichtig, im Bereich der politischen Bildung zunehmend jenen Stimmen zuzuhören, die im politischen Diskurs in den letzten Jahrzehnten zu wenig zu Wort gekommen sind – und diese Stimmen als Vorbilder wahrzunehmen und anzuerkennen.

Diesem Konzept folgt beispielsweise die Bildungsinitiative GermanDream, mit der die Landeszentrale kooperiert: Dass im Rahmen der Initiative bewusst Botschafter zu Wort kommen, die zum einen für Diversität stehen, zum anderen aber hier als „deutsche Vorbilder“ wahrgenommen werden, führt nicht nur dazu, dass ein Erfahrungsaustausch zu Pluralismus und Werten hier konstruktiv und produktiv geführt werden kann, sondern auch, dass Menschen zu Wort kommen, die in den vergangenen Jahrzehnten oft zu wenig Gehör in der politischen Debatte fanden. Hier anzusetzen, wie dieses Beispiel verdeutlicht, kann dem Salafismus eines der wichtigsten Narrative seiner Propaganda aus der Hand nehmen: der Behauptung und Konstruktion, dass z. B. Muslime in Deutschland kein Gehör fänden, bewusst ausgeschlossen und diskriminiert würden. Hier deshalb dafür zu sorgen, dass derartige Debatten stattfinden und Menschen mit allen Biografien und Religionen in der politischen Debatte und in der politischen Bildungsarbeit präsent sind, ist eine Aufgabe der politischen Bildungsarbeit.

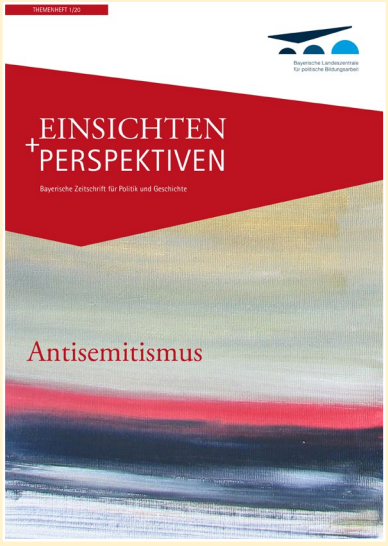
Auf der anderen Seite muss diese aber auch versuchen, die Instrumente der Manipulation in den Blick zu nehmen, mit denen Salafisten für ihre Weltanschauung werben. Hier spielt die Aufklärung über Manipulationsmechanismen des Internets eine besondere Rolle. Die sozialen Medien ermöglichen auf der einen Seite eine gezielte individuelle Ansprache an bestimmte Gruppen – also an potenziell Gefährdete – als auch eine oft ungefilterte Weitergabe von Fake News, Lügen und Propaganda. Hier muss politische Bildung heute eng mit Medienbildung verzahnt sein und gerade junge Menschen müssen dazu befähigt werden, Propaganda und manipulierte Meldungen zu erkennen und in Bezug auf deren Wirkungsabsicht eigenständig zu bewerten. Selbst wenn Inhalte der politischen Bildung dabei z. B. auf YouTube wohl nicht mit Let’s-Play-Videos und diversen Tutorials konkurrieren können, gilt es, dementsprechende Aufklärungs- und Gegenangebote im Netz zu schaffen.

Ein Ansatz der Landeszentrale ist hier zum Beispiel ihre Video-Reihe „ganz konkret“, die auf YouTube und Instagram versucht, über Mechanismen der Manipulation genauso zu informieren wie über die Funktionsweise des Internets.

Denn dass es eine gezielte Strategie des Salafismus ist, potenziell Gefährdete zunächst im Netz und dann in der analogen Welt in „Filterblasen“ zu ziehen,[3] kann man besser erläutern und vermitteln, wenn man über die Funktionsweisen von Algorithmen Bescheid weiß.

Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, dass Lehrkräfte und andere Multiplikatoren die sich stetig ändernden Strategien kennen und erkennen, um diese im Unterricht oder in der außerschulischen Bildungsarbeit erläutern und darstellen zu können. Dies ist umso mehr eine große Herausforderung, als in den letzten Jahren die Aufgabenfelder und Herausforderungen in diesen Berufsfeldern massiv zugenommen haben. Hier kann politische Bildung unterstützen, etwa indem Informationen gebündelt im Rahmen entsprechender Fortbildungsangebote und Publikationen an Multiplikatoren weitergetragen werden. Vor diesem Hintergrund informiert die Landeszentrale in ihrem Format „Hass 2.0“ in Workshops und Informationsveranstaltungen über aktuelle Entwicklungen. In unseren Publikationen, etwa der Zeitschrift „Einsichten und Perspektiven“, liefern Fachartikel entsprechende Hintergrundinformationen zu einzelnen Themen und geben durch Verlagsankäufe (etwa zu Themen wie künstlicher Intelligenz oder dem DarkNet) der breiten Öffentlichkeit Fakten an die Hand.

Die elementar-Reihe bietet pädagogischen Fachkräften zudem Unterrichtsvorschläge an, wie z. B. im Unterricht mit Schülern über Salafismus gesprochen werden kann.



Im Zusammenspiel der einzelnen Institutionen liegt der Erfolg

Die Bekämpfung extremistischer Positionen ist eine gemeinsame und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Derartige Bemühungn einzelner Institutionen (wie auch der Landeszentrale) können aber nur im Zusammenspiel aller Wirkung zeigen. Deshalb gibt es bereits Zusammenschlüsse wie beispielsweise die Interministerielle Arbeitsgruppe „Antworten auf Salafismus“ (mit etlichen Netzwerkpartnern kooperierend), die sich gemeinsam bemühen, sich undemokratischen Kräften und ganz speziell dem Salafismus entgegenzustellen. Denn eine Identifikation mit unseren Grundwerten und den Regeln unserer Demokratie kann nur durch ein Zusammenspiel aller Institutionen und gemeinsamer Anstrengung der Bürger erreicht werden.

Wie zu Beginn dargestellt, sind die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen enorm und dazu noch ungeheuer komplex. Auch deshalb scheinen Ideologien und Anschauungen so attraktiv, die einfache Lösungen und klare Zuschreibungen bieten, seien es Verschwörungsmythen oder politisch bzw. religiös motivierte Extremismen.

Dass diese einfachen Antworten aber nie eine Lösung auf die komplexen Fragestellungen sein können, dass ein gemeinsames Zusammenleben unter Berücksichtigung der Grund- und Menschenrechte in unserer Demokratie nicht nur die bessere, sondern auch die richtige Alternative zu allen extremistischen Ansichten ist, das gilt es darzustellen und zu vermitteln. Dieser nicht einfachen Herausforderung können wir uns mit Angeboten und Erläuterungen, mit unterschiedlichsten Formaten – und ggf. mit der Konsequenz staatlicher Strafverfolgung – nur gemeinsam stellen.

///

Weiterführende Literatur

Jekta, Maral: Gesellschaftskritik zwischen Legitimität und Demokratiefeindlichkeit – Handlungsempfehlungen für Pädagog*innen, https://rise-jugendkultur.de/gesellschaftskritik/, Stand: 19.10.20.

Jößl, Stefan / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank: Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, Bonn 2020.

Materna, Georg: Ist das noch kritisch oder schon extrem? Meinungsbildung Jugendlicher in Sozialen Medien im Kontext von islamistischen Ansprachen und Islamfeindlichkeit, in: merz Wissenschaft 63/2019, S. 53-64.

Otten, Michael: Menschenfeindlichkeit und Extremismus. Herausforderungen für die (Grund-)Schule, in: Die Grundschulzeitschrift 315/2019, S. 4-11.

Reinemann, Carsten / Nienierza, Angela / Fawzi, Nayla / Riesmeyer, Claudia / Neumann, Katharina: Jugend – Medien – Extremismus, Wiesbaden 2019.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu Kron, Thomas / Reddig, Melanie: Analysen des transnationalen Terrorismus. Soziologische Perspektiven, Wiesbaden 2007, S. 295 ff.

2 Hafeneger, Benno: Menschenrechte, Demokratie und Partizipation. Ausgangspunkte für die Gestaltung von Schule, in: Die Grundschulzeitschrift 315/2019, S. 6-7, hier S. 7.

3 Vgl. dazu Rieger, Diana / Frischlich, Lena / Rack, Stefanie / Bente, Gary: Digitaler Wandel: Radikalisierungsprozesse und Extremismusprävention im Internet, in: Handbuch Extremismusprävention, hrsg. von Brahim Ben Slama und Uwe Kemmesies, Wiesbaden 2020, S. 351-388, hier S. 357 ff.